

Aber die Menschen laufen weg

Worüber die SED schweigt und wovon sie sprechen muß

Berlin (Eigenbericht). Es war fast eine Sensation, als die Statistiker der Sowjetzone ungefähr Anfang vorigen Jahres etwas mitteilbarer wurden. Einige Zahlen, die bis dahin in die „höchste Geheimnisstufe“ eingereiht worden waren — wie etwa alles, was die Bevölkerungsentwicklung angeht —, wurden der Öffentlichkeit nicht mehr vorenthalten. Von Monat zu Monat war immer ein bißchen mehr und ein wenig Neues in der offiziellen statistischen Zeitschrift zu lesen. Vor einem Jahr erschienen dann sogar ein statistisches Jahrbuch, ein wenig schwächling, aber doch besser als gar nichts. Ihm folgt jetzt das zweite. Es ist schon umfangreicher, entspricht jedoch noch längst nicht den Erwartungen, die ein solches Werk billigerweise erfüllen müßte.

Sieht man das alphabetische Inhaltsverzeichnis durch — das diesmal erfreulicherweise vorhanden ist —, so entdeckt man eine Lücke nach der anderen. Auf „Sterbeziffern“ folgt „Stoßmaschinen“, auch noch unterteilt in senkrechte und waagerechte. Das Stichwort „Steuern“, das dahinter zu stehen hätte, fehlt dagegen.

Über die Staatsfinanzen ist nach wie vor ein dichter Schleier gebreitet. Niemand soll erfahren, wie schwer die Steuerlast ist, wie wenig die verstaatlichten Betriebe einbringen, wieviel Militär und Polizei kosten, wie hoch die Stationierungskosten sind.

Im Wohnungsbau an letzter Stelle

Diese Zurückhaltung ist kaum zu verstehen, denn einige dieser Zahlen sind gelegentlich ganz offiziell genannt worden. Sie hätten also ohne weiteres veröffentlicht werden können. In ähnlichen Fällen ist das geschehen, und gerade das stellt eine Bereicherung der Informationen dar; denn damit ist zusammengefaßt und offiziell anerkannt, was bisher an vielen Stellen verstreut, zum Teil nur in Zeitungsartikeln veröffentlicht war. So wird jetzt beispielsweise amtlich bestätigt, daß 1956 nicht einmal 33 000

Wohnungen gebaut worden sind. Damit steht die Sowjetzone, je Einwohner gerechnet, unter den Ländern der Welt an letzter Stelle. Fast noch wichtiger ist es, daß seit Jahren immer weniger getan wird, um die Wohnungsnot zu lindern. Im Jahre 1954 wurden 2 237 000 qm neue Wohnfläche geschaffen — Wiederherstellung und Neubau zusammen —, 1955 waren es etwas weniger und 1956 nur noch 2 109 000 qm.

Wieviel Kraftwagen?

Solche geradezu deprimierende Zahlen werden veröffentlicht, andere aber nach wie vor verschwiegen. Über wieviel Lokomotiven, Güterwagen und Personenwagen die Eisenbahn verfügt, das ist immer noch Geheimnis. Man scheut sich auch anzugeben, wie wenig Kraftwagen es gibt. Diese Scheu ist zu verstehen, denn das sieht es geradezu katastrophal aus. Die Zahl der Personenwagen in der Zone ist heute viel kleiner als vor dem Kriege; man muß sogar annehmen, daß sie weiter sinkt. 1956 wurden nämlich nur 28 145 Personenkraftwagen hergestellt, 1300 wurden eingeführt, aber 11 214 ausgeführt. Nur 13 231 neue Wagen wurden also angeboten. Es ist zu bezweifeln, daß diese Menge auch nur ausreicht hat, die Verschrotung alter Wagen auszugleichen,

Zum ersten Male veröffentlicht die Statistik jetzt solche Zahlen über die Menge von Einfuhr und Ausfuhr einer Reihe von Waren. Das ist eine wichtige Ergänzung dessen, was bisher bekannt war. Sie läßt manches, was die SED-Propaganda behauptet, als höchst zweifelhaft erscheinen. So ist beispielsweise die Verschärfung der Zuckerknappheit damit erklärt worden, daß die Zuckerrübenenernte und daher auch die Zuckerproduktion so schlecht gewesen seien, daß die Zone seit zwei Jahren keinen Zucker habe mehr ausführen können, wie das früher üblich war, sondern sogar gezwungen gewesen sei, Zucker einzuführen, um den Inlandsbedarf zu befriedigen. Jetzt stellt sich nun nach den Zahlen des neuen Statistischen Jahrbuches heraus, daß die Sowjetzone ihre Zuckerausfuhr zwar hat einschränken müssen, aber 1956 immerhin 75 000 t ausgeführt hat, das waren rund 15 Prozent der Produktion.

300 000 Menschen geflohen

Ein solcher erster Überblick über den Inhalt des neuen Statistischen Jahrbuches der Zone wäre wohl unvollständig, würde es nicht einen Hinweis enthalten, daß sich die Zahlen darüber bestätigen, wie rasch die Bevölkerung der Sowjetzone kleiner wird. Ende 1956 hatte die Sowjetzone noch eine Einwohnerzahl von 16,5 Millionen Menschen. Das waren 210 000 weniger als Ende 1955. In diesem Jahr hat es aber einen Geburtenüberschuß von 70 000 gegeben; außerdem sind ein paar Tausend aus Westdeutschland in die Zone umgesiedelt. Fast 300 000 Menschen sind also aus der Zone geflohen, über 1,5 Prozent der Bevölkerung in einem einzigen Jahr.

Aus Moskau zurück

DT. Vor vierzig Jahren sandte die Handvoll Berufsrevolutionäre unter Lenins Führung jenen Funkspruch in die Welt, der „an alle“ gerichtet war. Er forderte Frieden, aber auch die revolutionäre Erhebung der gesamten Arbeiterklasse gegen ihre Ausbeuter. Das war ein Jahr vor dem Ende des ersten Weltkrieges und mag in vielen Köpfen der Arbeiterschaft jener Zeit sozialistische und pazifistische Hoffnungen erweckt haben.

Was damals ein zartes Zirpen im Äther war, ist heute zu pausenlosen Propagandawellen angewachsen, die überall auf der Erde zu hören sind. Aber es ist die Frage, ob die Völker heute „die Signale“ intensiver hören, wie es so schön in der Internationale gesungen wird, und ob sie wirklich meinen, „dem letzten Gefecht“ um den Sozialismus durch vierzig Jahre sowjetischer Machtverwirklichung nähergekommen zu sein. Wir wissen, daß es zu den großen Enttäuschungen Lenins und seiner Mitarbeiter gehörte, daß jener revolutionäre Ruf kaum befolgt wurde. Vielmehr mußte der „Aufbau des Sozialismus“ nur in einem Land beginnen, und von Jahrzehnt zu Jahrzehnt wurde der Internationalismus der sozialistischen Bewegung durch die egoistische Politik der Sowjetunion zu einem rein russischen Machtmittel.

Ganze Generationen der ursprünglich auf Moskau und seine Sendungsidee vertrauenden Kommunisten und Sozialisten sind nicht nur enttäuscht, sondern im Lande der „sozialistischen Zukunft“ unter Stalin für immer zum Verstummen gebracht worden.

An diesem Hintergrund muß die ebenso langatmige wie triumphale Erklärung gemessen werden, die jetzt zum Abschluß der Revolutionsfeierstage in Moskau unterzeichnet wurde. Es mag sein, daß über 950 Millionen Menschen, wie darin behauptet wird, den Weg zum Sozialismus eingeschlagen haben. 800 Millionen allein stellen davon die Sowjetunion und Rotchina. Und wenn wir als Europäer urteilen, so sind die

fast hundert Millionen zwischen Ostsee und Adria niemals gefragt worden, ob sie diesen Weg einschlagen wollen. Wenn nicht vor einem Jahre die Selbstständigkeitsregung in Polen und die verzweifelten Aufstände 1953 in Mitteldeutschland und 1956 in Ungarn gewesen wären, müßte der Rest der Welt fast glauben, der Triumph des Sowjetsystems, aus Propaganda und Terror gemischt, sei vollständig und ein gültiges Rezept für die Gewaltanwendung auf dieser Erde.

Tatsächlich ist jedoch die Moskauer Verlautbarung von 16 kommunistischen Parteien, wenn man sie allen phraseologischen Beiwerks entkleidet, ein nüchternes Zugeständnis an den schwindenden Internationalismus der kommunistischen Ideologie. Der Ruf der ersten Stunde „an alle“ hat dem Schwergewicht der Sonderinteressen der einzelnen Länder Platz gemacht. Gewiß ist die Sowjetunion noch immer der „erste und der mächtigste sozialistische Staat“. Aber nicht sie allein bestimmt, was im weiteren Kreis des sozialistischen Staatenblocks geschieht oder geschehen soll. Auch ist der Kreis zur „Ellipse mit zwei Brennpunkten“ geworden. Der eine heißt Moskau und der andere liegt in Peking. Wenn das Verhältnis der sozialistischen Länder untereinander „nach den Prinzipien der Gleichberechtigung, der Respektierung territorialer Integrität, der staatlichen Unabhängigkeit und Souveränität und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten“ gestaltet werden soll, so sind das Zugeständnisse, die ein Stalin niemals

unterschrieben hätte. Wahrscheinlich wäre es ihm auch sehr schwer geworden, die Leitsätze jener Bandung-Konferenz von 1955, auf der 29 Länder Asiens und Afrikas sich zum erstmalig vereinigten, anzuerkennen, zumal die Sowjetunion, wie alle weißen Staaten, von der Teilnahme an dieser farbigen Zusammenkunft ausgeschlossen war.

Überhaupt soll diese wortreiche Erklärung höchstwahrscheinlich eine große sowjetische Enttäuschung überdecken: Es ist nicht zu einer Wiedererweckung der Dritten Internationale oder der Kominform, das heißt zu einer um Moskau als Zentrum und Befehlszentrale gruppierten internationalen kommunistischen Bewegung gekommen. Man wird sich gegenseitig helfen, man wird Informationen austauschen — und zwar auf zweiseitiger Grundlage —, und man wird auch gelegentlich umfassende Beratungen kommunistischer Parteifunktionen veranstalten. Aber die unbedingte sowjetrussische Befehlsgewalt existiert nicht mehr. Oder nur dort, wo man ausschließlich von ihren Gnaden lebt, wie bei Ulbricht oder bei Kadar in Ungarn.

Um so erstaunlicher wirkt die Nichtunterzeichnung dieser Erklärung durch die jugoslawische Delegation. Das ist ein Übertrumpfen des eigenen Selbstbewußtseins, das der jugoslawische Diktator Tito kaum notwendig gehabt hätte. Schon deswegen sollte man sie nicht überschätzen. Tito fuhr nicht selbst zu den Jubiläumsfeierlichkeiten nach Moskau. Vielleicht war er verärgert, weil sein letzter sowjetischer Gast, der Marschall Schukow, kaum aus Belgrad zurückgekehrt, in der politischen Versenkung verschwunden war. Vielleicht aber möchte er auch nach seiner von Moskau gewünschten Anerkennung der sogenannten DDR, den ostwestlichen Balanceakt Jugoslawiens durch eine positive Bewegung nach Westen wieder ins Gleichgewicht bringen. Im übrigen: Die Funktionäre kamen aus Moskau zurück. Am grauen Alltag der ihnen unterworfenen Volksmassen hat sich nichts geändert.

Auch CSR-Hilfe für Kairo

Kairo (DPA). Außer der sowjetischen Wirtschaftshilfe im Werte von 700 Millionen Rubel (rund 700 Millionen DM) wird Ägypten auch von der Tschechoslowakei Lieferungen erhalten. Wie verlautet, hat sich Prag zu einer Wirtschaftshilfe von 20 Millionen ägyptischen Pfund (rund 240 Millionen DM) bereit erklärt. Die Bedingungen sollen die gleichen sein wie bei der Hilfe aus der Sowjetunion.

Lieber Leser!

Wir wollen gern wissen, wo und wie unsere Wochenausgabe Sie in der sowjetischen Besatzungszone erreicht hat. Die Namen unserer Leser interessieren uns dabei nicht, sondern nur die Orte. Deshalb bitten wir Sie, eine Ansichts- oder Postkarte mit falschem Absender, aber mit Angabe der Nummer der Ausgabe, auf die Sie sich beziehen, an folgende Adresse zu schicken:

Herrn M. Barth

Berlin-Tempelhof 1

Manfred-v.-Bichthofen-Str. 2, II

Wir danken Ihnen für Ihre Hilfe.

Der Bundespräsident beim Papst

Pius XII. ermahnt die Deutschen zur Geduld

Rom (Eigenmeldung). Beim festlichen Empfang des Bundespräsidenten Heuss im Vatikan würdigte Papst Pius XII. in einer in deutscher Sprache gehaltenen Rede die Wiederaufbauleistung des deutschen Volkes nach dem Zusammenbruch und ermahnte das Volk zur Geduld in der Frage der Wiedervereinigung.

Der Papst warnte die Deutschen ferner, sich nicht im Materiellen zu verlieren, sondern an dem geistig-seelischen Unterbau zu arbeiten, durch den allein eine Kultur sich gegenüber ihren Gegnern behaupten könne. Seine Befriedigung äußerte er darüber, daß der Bundesverfassungsgerichtshof im bejahenden Sinne über die Rechtsgültigkeit des Konkordats entschieden habe.

Papst Pius schloß mit den Worten: „Dem deutschen Volk erhoffen Wir, daß es seine wirt-

schaftliche Blüte immer überstrahlen lasse von seiner religiösen, sittlichen Kraft. In dieser Hoffnung senden Wir ihm durch Sie, hochverehrter Herr Bundespräsident, innigsten Gruß und rufen Gottes Huld und Gnade in reichster Fülle auf es herab.“

Hetze gegen Kirche geht weiter

Berlin (Eigenmeldung). Die Provinzpresse der Sowjetzone setzt ihre Hetzkampagne gegen Geistliche und gegen kirchliche Einrichtungen in Mitteldeutschland systematisch fort. In der „Ostseezeitung“ (SED) vom 23. November 1957 wird Bischof Krummacker (Greifswald) beschuldigt, er habe auf der Landessynode der Pommerschen Evangelischen Kirche in Greifswald behauptet, der Kirche läge an den religiösen christlichen Gefühlen der Menschen gar nichts, ihr ginge es nur um den Totalanspruch über die Menschen. Die SED-Zeitung wendet sich gegen Krummackers Worte: „Unsere Kinder sind nicht mehr Spielball des Schicksals in einer wirbelnden Welt, sondern persönliches Eigentum des Herrn Christus. Keine andere Instanz, auch kein Staat, keine Gesellschaft und keine menschliche Organisation kann einen Totalanspruch erheben“. Das — so meint das Blatt — seien Machtansprüche, die der Kirche nicht zustünden.

Weiter wird die evangelische Kirche beschuldigt, die Glaubens- und Gewissensfreiheit in der DDR zu bedrohen, indem sie den Sonntag ausschließlich für religiöse Kulthandlungen beanspruche. Außerdem habe Krummacker die Schule in der Sowjetzone beleidigt, indem er festgestellt habe, die Schule sei mit ihrer materialistischen Lehre bisher gerade noch tragbar gewesen. Die jetzige Überbetonung der sozialistischen Erziehung aber sei nicht mehr zu ertragen.

Nicht mit Teilung abfinden!

Adenauer in Amsterdam

Amsterdam (AP). Vor dem Kongreß der Europäischen Kulturstiftung in Amsterdam hat Bundeskanzler Adenauer vor der Auffassung gewarnt, man könne sich mit dem Übel der Teilung Europas abfinden. „Nur das Bewußtsein, daß die Freiheit Europas unteilbar ist, kann der europäischen Idee die Schwungkraft geben, die im Interesse unserer Selbstbehauptung notwendig ist“, erklärte der Kanzler. Wenn Europa sich dagegen innerlich mit der Zerreißung des Kontinents abfinde, „dann wird uns die moralische und politische Widerstandskraft

fehlen, deren wir bedürfen, um die geistigen Auseinandersetzungen der kommenden Jahrzehnte zu bestehen“.

Der Kongreß steht unter Vorsitz des Prinzen Bernhard der Niederlande. Sein Ziel ist es, durch Schaffung eines gemeinsamen Fonds die europäische Kultur und Erziehung stärker zu fördern. Zu dieser speziellen Aufgabe sagte Dr. Adenauer, es müsse ein europäisch denkender Führernachwuchs herangebildet werden, der in der Vorstellung eines mit der westlichen Welt verbündeten geeinten Europas lebt.

Sollte Tito ermordet werden?

„Zwölf Minuten vorher abgeblasen“

New York (AP). Der jugoslawische Staatschef Marschall Tito ist im Jahre 1953 in letzter Minute einem Mordanschlag der sowjetischen Geheimpolizei entgangen, wie der aus dem Prozeß gegen den sowjetischen Meisterpionier Abel bekannte amerikanische Doppelagent Boris Morros in dem Magazin „Look“ berichtet. Der bis ins einzelne geplante Mordversuch soll erst zwölf Minuten vor dem verabredeten Termin auf telefonische

Anweisung von Moskau abgeblasen worden sein.

Nach Darstellung des amerikanischen Doppelagenten Morros wollte sich der Kreml eines unbequemen Abtrünnigen entledigen. Der Anschlag war für März 1953 geplant. Da aber Titos erbittertster Gegner Stalin zu diesem Zeitpunkt starb und mit den neuen Machthabern auch eine neue Ära in den sowjetisch-jugoslawischen Beziehungen begann, wurde der Plan offenbar fallengelassen.

Herr Ley pfeift zum Angriff

Zonenrundfunk wieder auf alten Kurs

„Hitler ist krepieret, und Dulles wird krepieren, doch die Sowjetmacht wird sein und wird regieren, vierzig Jahre und für alle Ewigkeit, Ewigkeit, Ewigkeit, E... wig... keit.“

So singt und kling't seit kurzem aus den Funkhäusern des „Staatlichen Rundfunkkomitees“ der Zone. Kuba hat den Text gemacht, Hanns Eisler den Ton, und Herry Wolf singt es, daß es einem den Magen umdreht. Initiator des neuen Spektakels ist ein Ulbricht-Genosse namens Prof. Dr. Hermann Ley, der zum Vorsitzenden des Rundfunkkomitees avancierte.

Denn Grund zur Freude hatte man 1957 dort: Der Rundfunk hatte endlich wieder etwas Kontakt mit der Bevölkerung bekommen. Er war menschlicher geworden. Und das Fernsehen hatte mitziehen dürfen. Es

übertrug Rock 'n Roll aus der Ostberliner Seelenbinderhalle. Es holte sich — wenn auch gegen riesige Gagen — Spaßmacher aus dem Westen. Vico Torriani und Lieselotte Malkowskys.

Das wird nun wieder anders. Ley hat die „Sozialistische Kultur“ zum Angriff gepfeiffen.

Wer an den von den Amerikanern abgeworfenen Kartoffelkäfer glaubt, der muß auch Bimbameia-Schläger in die Liste feindlicher Saboteure und Diversanten aufnehmen. Und der Quiz-Master wird zum kapitalistischen Teufel.

Um nun „dekadente Tanzmusik und Unterhaltung“ zu verdrängen, hat Ley ein „Kollektiv“ von roten Sängern und Töne-Erfindern um sich geschart, die mit ihren lieblichen Songs die Unterhaltungssendun-

gen auf die neue Spur (die doch uralt ist) bringen sollen.

„Wie gesagt“, meint Ley (im staatseigenen Programmheft „Unser Rundfunk“ vom 10. November), „Funk und Fernsehen können damit nur an Wirkungsbreite gewinnen. Um so wirkungsvoller werden unsere Strahler dem vom Westen betriebenen Ätherkrieg entgegenwirken.“ Die „Ballade vom Kreuzzug“, der wir das obige Zitat entnehmen, soll richtungweisend für die Unterhaltung „neuen Typus“ wirken. Strophe Nr. 4 dieser Hetzballade gibt Aufschluß über die Geistesverfassung (oder: Verwirrung) nicht nur Kubas, sondern auch der neuen „Kräfte“, die sich im Zonenrundfunk breitmachen:

„Ganz egal, mit was, sprach Dulles, wenn's nur trifft. Geht's mit Menschen nicht, sprach Dulles, geht's mit Spinnen. Geht's von außen nicht, sprach Dulles, geht's von innen. Geht's mit Bomben nicht, sprach Dulles, geht's mit Gift.“

Unter vier Augen

DT. Die einfachsten Vorschläge sind oft die besten. Die allzu einfachen Vorschläge jedoch, die sich nach einigem Nachdenken als Simplifikationen erweisen, bedeuten eine Gefahr. Zumal dann, wenn die Sicherheit auf dem Spiele steht. Der SPD-Parteivorstand stellt sich der Weiterentwicklung so vor: Deutschland bleibt frei von Atom- und Raketengeschoßen und den dazugehörigen Abschlußbasen, wird dadurch für die großen Atomkräfte uninteressant, so daß im Kriegsfall Ost und West sich über Deutschland hinweg gegenseitig atomar beschießen, während der deutsche Grund und Boden unangetastet bleibt. Fast wie ein Idyll mutet das an: man sitzt friedlich-behaglich mitten in unangetasteten Wirtschaftswunder und verfolgt die am Himmel fliegenden Atomraketen wie einen spannenden Film.

Die SPD erneuert damit ihren alten Vorschlag, der nichts anderes bedeutet, als Deutschland über eine waffentechnische in die allgemeine Isolierung zu treiben. Denn nichts anderes würde eine derartige „Neutralität“ bedeuten: eine Ein-

ladung für den Aggressor zum Vorstoßen, um spätestens am Atlantik dann der gesamten westlichen Verteidigungsorganisation den letzten Stoß zu versetzen, sowie auch die wahrscheinliche Absicht der atomkämpfenden Rivalen, das Ruhrgebiet dem Gegner nicht unbeschädigt in den Schoß fallen zu lassen. Die Tatsache ist nicht abzustreiten, daß man bei allem Haß auf die Atombombe, die deutsche Freiheit und Sicherheit dem Vorhandensein dieser schrecklich-abschreckenden Waffe in amerikanischen Händen verdankt. Das bedeutet noch nicht, daß sie auch in deutsche Hände gelegt werden müßte. Aber wenn es bei der kommenden NATO-Tagung als notwendig angesehen werden sollte, Abschlußbasen für die atomtragenden Mittelstreckenraketen auch auf deutschem Boden zu errichten, um bei fortschreitender Entwicklung dieser Waffe ihre abschreckende Wirkung auf die Sowjets zu erhalten, so wird Bonn nicht zum Schaden der gesamten Verteidigungsstruktur opponieren können.

Das scheint auch die sozialdemokratische Führung zu wis-

sen. Sie versucht, sich aus dem Dilemma zu ziehen mit der gleichzeitigen Forderung, eine Konferenz der Atomkräfte einzuberufen, damit man sich dort auf einen Rüstungsstillstand einigt. Welches Vertrauen in den guten Willen der Sowjetunion, obzwar diese noch keinen Grund hierfür geliefert hat! Auch hier das vereinfacht-kurz-sichtige Denken, ohne zu überlegen, daß bei der augenblicklichen Sputnik-Psychose der Sowjets auch eine derartige Abrüstungskonferenz zum so- undsovielten Male scheitern dürfte, dann aber das belagerte Wettrüsten um so stärker fortgesetzt würde. Auch dann würde die SPD-Führung wahrscheinlich noch bei ihrem Neutralisierungsvorschlag bleiben, der bei dem Nichtvorhandensein eines exakten ost-westlichen Sicherheitssystems die Bereitschaft für eine bedenkliche Vorleistung an die Sowjets bedeutet.

Die Frage des Atompools kommt auf uns zu; die Amerikaner werden Raketenabschlußbasen verlangen (zumal dort, wo ihre Truppen stehen, die auf modernste Verteidigungsmittel nicht verzichten dürfen); ob allerdings atomare Spreng-

(Fortsetzung auf Seite 7)

Güterwagen auf Kolchosen-Kurs

Bauern wehren sich gegen Ulbrichts LPG — Alltag der Zonenlandwirtschaft

Rostock (Eigenbericht). „Wissen Sie was?“ nimmt mich ein Lastkraftwagenbesitzer, der aus einem Dorf zwischen Wismar und Rostock Zuckerrüben abholen soll, um sie in der nächsten Stadt zu verladen, beiseite, als er gehört hat, daß ich aus Westdeutschland bin, „wissen Sie was? Allmählich fangen wir an, euch im Westen zu hassen“.

Ich habe den Mann gerade vor zehn Minuten zum erstenmal gesehen und bin noch unsicher, mit wem ich es zu tun haben könnte. Man weiß hier ja nie recht, woran man ist, und jeder ist mißtrauisch gegen den andern. So frage ich vorsichtig zurück: „Ja, ja, wie meinen Sie das?“ und denke, nun kommt gewiß der sooft gehörte Vorwurf, wir täten zuwenig für die Wiedervereinigung.

Aber diesmal war es etwas anderes. „Hören Sie“, sagt er, legt die Hand an das Ohr und streckt den Oberkörper weit vor, „hören Sie, so liegen wir jeden Abend vor unserem Rundfunkapparat, um euren westdeutschen Sender zu hören, der natürlich immer wieder gestört wird. Wir wollen hören, was bei euch los ist, in der Regierung, im Bundestag, in den Landtagen, in den großen Versammlungen und Kundgebungen. Und was hören wir dann? Wir wollen mehr Geld! Wir wollen mehr Freizeit! Wir wollen billigere Waren! Wir wollen das verlängerte Wochenende! Wir wollen...! Es hört nicht auf mit Forderungen und Wünschen, mit Wirtschaftswunder und höherem Lebensstandard. Und das verstehen wir nicht mehr. Weiß auch nur einer bei euch drüben, wie es hier aussieht?“

Plötzlich heißt es: Rüben verladen

Er geht zu seinem Lastkraftwagen hinüber: „Ein volles Vierteljahr hab' ich ihn in Reparatur gehabt. Vorgestern hab' ich ihn endlich zurückbekommen. Ich denke, die nächsten acht Tage wird er noch halten, dann muß er wieder hin. Ja“, fügt er hinzu, „so sieht es bei uns aus. Und mit dem freien

Wochenende ist's auch wieder nichts.“

Der Bauer — er mag Mitte der Fünfziger sein, aber sein Haar ist schon schlohweiß; er hat eine Zeitlang im Neubrandenburger Konzentrationslager gesessen — tritt hinzu und bestätigt, was der Lkw-Fahrer sagte. „So ist das nun Sonntag um Sonntag. Die ganze Woche plagt man sich ohne Hilfskräfte ab und freut sich darauf, am Sonntag endlich mal ausschlafen und ausruhen zu können. Und dann kommt am Sonnabendmittag der Bescheid: Morgen früh Kartoffeln oder Runkeln oder Zuckerrüben verladen. Die Güterwagen sind jetzt da. Die ganze Woche hindurch gab's natürlich keine Wagen. Am Sonntag aber sind sie plötzlich da. Reine Schikane ist das.“

„Reine Schikane!“

Der Lkw-Fahrer nickt mit dem Kopf: „Was denn sonst? Reine Schikane!“ Und der Bauer knüpft den Faden weiter: „Das kann natürlich nur uns ‚freien Bauern‘ passieren. Meinen Sie, die LPG (Landwirtschaftliche Produktions-Genossenschaften, die ‚Kolchosen‘ in der Sowjet-

zone) hätten in diesem Herbst auch nur ein einziges Mal am Sonntag verladen müssen? Für die sind die ganze Woche über Wagen da. Auf diese Weise will man uns Bauern, die wir uns immer noch gewigert haben, in die LPG einzutreten und damit unsern Hof zu verlieren — meine Familie sitzt schon fast 200 Jahre drauf —, ja, auf diese Weise will man uns endlich zu Kreuze kriegen. Aber ich...“ und dann folgt ein kräftiger Fluch gegen das ganze Kolchosensystem.

Die noch freien Bauern sind diesem System ein Dorn im Auge. Ulbricht hat es ja erst vor wenigen Wochen wieder gesagt, daß er allmählich alle Bauern in die Landwirtschaftlichen Produktions-Genossenschaften hineinzwängen wird. Die Bauern hier im Lande rechnen damit, daß sie längstens noch bis 1960 Zeit haben. Dabei hat Ulbricht selbst zugeben müssen, daß „vorab“ die freien Bauern noch produktiver gewirtschaftet haben als die LPG. Er hat von gewissen Unzulänglichkeiten und Anfangsschwierigkeiten gesprochen, die aber überwunden würden.

Wer liefert die „freien Spitzen“?

Dabei weiß hierzulande jeder, daß es so, wie es hier mit der Sozialisierung landwirtschaftlicher Betriebe praktiziert wird, niemals gehen wird. Immer hat hier — ob auf leichtem, mittlerem oder schwerem Boden — der freie Bauer sein Soll weit eher erfüllen können als die LPG. Immer wieder hört man, daß sie, obwohl ihnen hohe staatliche Startkredite zur Verfügung gestellt werden, mit erschreckenden Unterbilanzen abschließen. Und die „freien Spitzen“ werden fast ausschließlich von den freien Bauern herausgewirtschaftet, vor allem an Eiern und an Milch und Milchprodukten.

Es gibt in Mittelddeutschland heute noch rund 400 000 freie Bauern. Etwa 180 000 — also fast ein Drittel — sind im letzten Jahrzehnt bereits sozialisiert worden. Die Höfe wurden

entweder verlassen, und ihre Besitzer sind nach Westdeutschland geflüchtet, oder aber die verzweifelten Bauern wurden, weil sie, vor allem auf den leichten Böden, ihr Soll nicht erfüllen konnten, in die Produktions-Genossenschaften hineingetrieben. Nun arbeiten sie dort als „Tagelöhner“, als Lohnempfänger, wo sie einst selbst Besitzer waren. Ihre Vergütung ist denkbar gering. Sie richtet sich nach den geleisteten „Arbeitseinheiten“, und am Schluß des Jahres sollen dann die Prämien verteilt werden. Wovon aber Prämien, wenn Unterbilanzen da sind?

Dabei erkennen auch die freien Bauern durchaus an, daß der Staat manche brauchbare Einrichtung getroffen hat. Das gilt vor allem von den Maschi-

Fortsetzung auf Seite 6.

Wer liefert die „freien Spitzen“?

Fortsetzungs von Seite 5

nen-Traktoren-Stationen (MTS). Ein kleiner Hof könnte sich den notwendigen Apparat an landwirtschaftlichen Maschinen gar nicht anschaffen, ihn nicht unterhalten und ihn vor allem auch nicht rentabel ausnutzen. Die MTS leisten da nützliche Dienste. Aber auch hier wird viel zu teuer gearbeitet. Wie bei den Produktions-Genossenschaften, so ist auch bei den MTS ein gewaltiger Verwaltungsapparat aufgebaut, der enorme Summen verschlingt.

Der weißhaarige Bauer erzählt, er habe wie in jedem Jahr seiner Schwester in der Stadt die Winterkartoffeln zum Einkellern gebracht. „Für den Zentner bekomme ich — es sind ja keine freien Spitzen, sondern Kartoffeln, die auch heute noch auf Karten bezogen werden — etwa 3,25 Mark. Meine Schwester aber muß 3,85 Mark bezahlen. Sie darf das Geld nicht an mich selbst bezahlen, sondern muß es an die Genossenschaft entrichten, die also 60 Pfennige von meinen Kartoffeln einsteckt, ohne daß sie auch nur eine Hand dafür gerührt

hätte. Das Geld bekomme ich natürlich auch nicht in bar, sondern alle Verkaufserlöse müssen auf die Bauernbank eingezahlt werden.“

Ja, es ist im letzten Jahr alles wieder viel strenger, ungeduldiger, unerquicklicher geworden. Gewiß, in den Schaufenstern gibt es allerlei Ware, und auf den Straßen sieht man, neben Rädern und Motorrädern, weit mehr Autos als vor einem Jahr. Aber immer noch gibt es ungezählte „Engpässe“. Es fehlt vor allem an Holz und Eisen. In diesen Tagen war zum Beispiel in keinem Geschäft ein Nagel aufzutreiben. Kein Nagel — 12 Jahre nach Kriegsende! Die Hausfrauen klagen, daß sie keinen Essig bekämen, und sogar das Salz soll knapp werden.

Freundschaftsvertrag mit Rom

In Anwesenheit des Bundespräsidenten unterzeichnet

Rom (AP/DPA). Mit Italien als erstem europäischen Land hat die Bundesrepublik einen Freundschafts-, Handels- und Schiffsvertragsvertrag abgeschlossen. Der Vertrag, der die bei-

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richthofen-Str. 2. Druck: W. Büxenstein, GmbH.

Keine Verkehrsstörungen mehr

Brandt: Mäßiger sowjetischer Einfluß

Berlin (Eigenmeldung). Der Regierende Bürgermeister Brandt hat vor der Berliner Pressekonferenz an die Öffentlichkeit im Bundesgebiet appelliert, sich nicht durch alarmierende Meldungen über mögliche Verkehrsschwierigkeiten in Berlin irritieren zu lassen. Es bestehe kein Grund, sagte Brandt, an einem ungestörten Verkehr zwischen Berlin und der Bundesrepublik zu zweifeln. Im Zusammenhang mit dem Interzonenabkommen erhoffe man sogar gewisse Verkehrsvereinfachungen.

Im Hinblick auf mögliche Pläne Ostberliner Stellen, die Verkehrssituation zwischen der Sowjetzone bzw. Ostberlin und Westberlin zu erschweren, betonte der Bürgermeister, es sei vielleicht nicht ganz von der Hand zu weisen, daß die sowjetischen Behörden in dieser Frage eher einen mäßigen als verschärfenden Standpunkt

angenommen hätten. Irgendwelche Maßnahmen seien in erster Linie für die Bevölkerung der Sowjetzone und Ostberlins bedauerlich. Sie hätten jedoch keinen Einfluß auf das Westberliner Wirtschaftsleben.

Westberlin sei in der Lage, fuhr der Bürgermeister fort, sein Verkehrsnetz ohne nennenswerte Behinderungen selbst zu betreiben, falls Ostberlin wirklich den S-Bahn-Verkehr spalten wolle. Damit sei aber wohl kaum gegenwärtig zu rechnen.

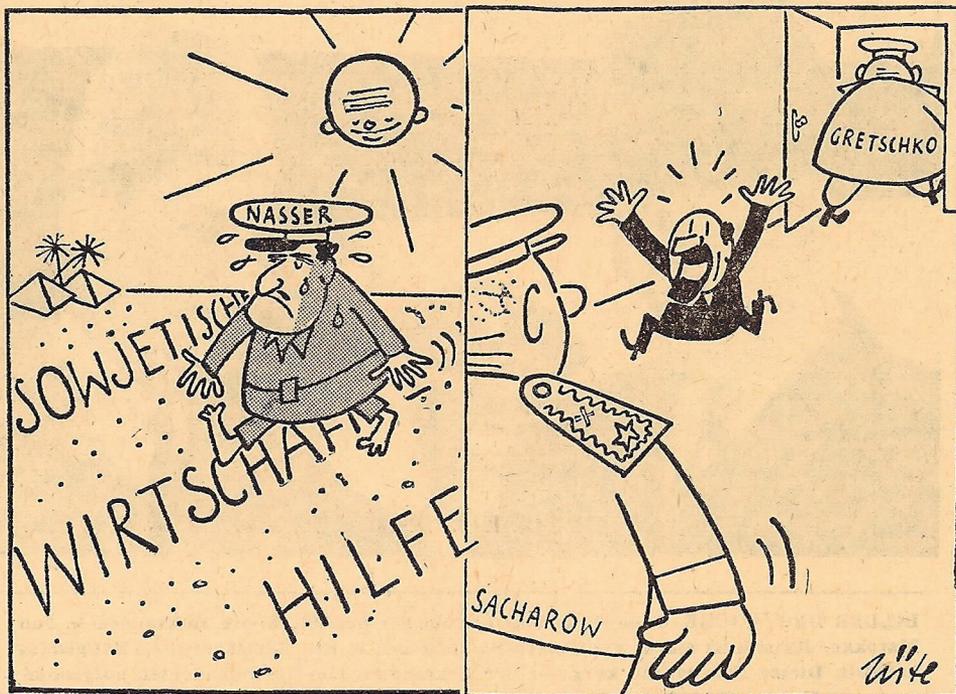
Abschließend kündigte Brandt an, er habe für Mitte Februar eine Einladung der Deutschen Lufthansa zu einem Eröffnungsflug nach New York angenommen, und er werde bei dieser Gelegenheit auch Besprechungen in Washington führen. Im kommenden Jahr würden sich auch Möglichkeiten für Gespräche in London und Paris ergeben.

den Länder in Zukunft noch enger als bisher miteinander verbinden soll, wurde anlässlich des deutschen Staatsbesuches von Bundesaußenminister von Brentano und seinem italienischen Kollegen Pella unterzeichnet.

In dem Vertrag, der eine Laufzeit von zehn Jahren hat, räumen sich die beiden Länder grundsätzlich die unbedingte Meistbegünstigung ein. Außerdem sollen die Staatsangehörigen des anderen Landes jeweils als Inländer behandelt werden. Der Vertrag bringt weitgehende Verbesserungen im Niederlassungsrecht mit sich und schafft, wie von deutscher Seite betont wurde, ein „gutes Investitionsklima“. Er verbessert die Möglichkeiten für deutsche Geschäftsleute in Italien, vor allem bei der steuerlichen Behandlung und beim Eigentumsschutz.

Beginn in Warschau

Warschau (DPA). In Warschau begannen Handelsgespräche zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Polen. Zunächst wurden von den beiden Delegationen Unterausschüsse für die verschiedenen Sachgebiete eingesetzt.



Brennend roter Wüstensand

„Mir fällt ein Stein vom Herzen, da kommt ja schon der neue!“

Unter vier Augen

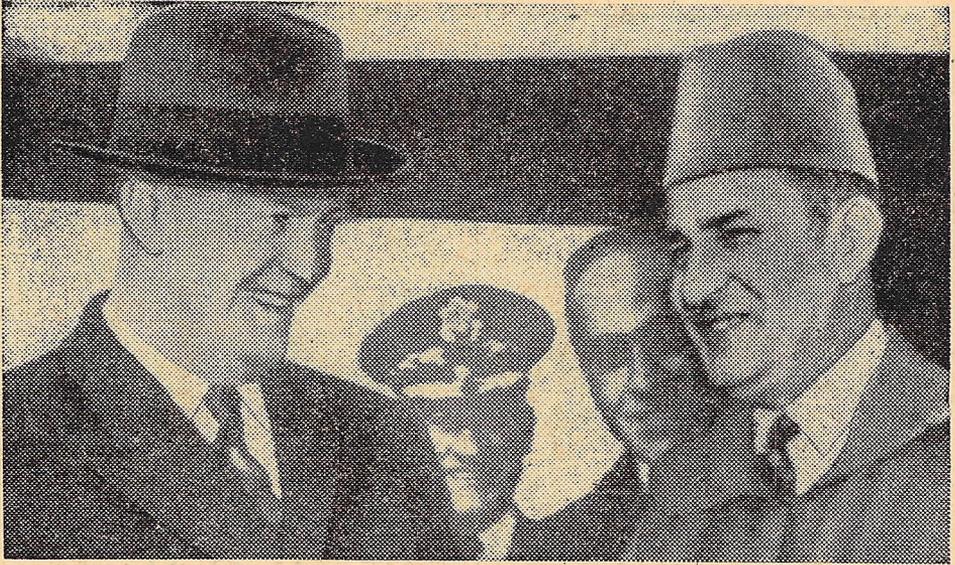
Fortsetzung von Seite 4

köpfe den europäischen Verbündeten ausgehändigt werden sollen, ist fraglich. Doch das alles fordert Planung, Aussprache, Diskussion, Meinungsaustausch. Und zwar nicht erst auf der NATO-Tagung in Paris. Aus diesem Grunde erhoffte man viel von einem Zusammentreffen des Bundeskanzlers mit dem Oppositionsführer, das nun stattfand. Man dachte dabei an das gute amerikanische Beispiel, wo der republikanische Eisenhower seinen alten demokratischen Rivalen Stevenson als Berater zur Mitarbeit in außenpolitischen Verteidigungsfragen heranzog — und dieser sich auch bereitwillig zur Verfügung stellte. Stevensons Intelligenz, seine von dem Durchschnittsamerikaner sonst mißtrauisch beachtete intellektuelle Eigenart,

soll sich bei der fast wissenschaftlichen Umorganisation der Verteidigung vorteilhaft anlassen, vor allem aber zur überparteilichen Überwindung inneramerikanischer Krisenerscheinungen beitragen.

Doch Ollenhauer ist nicht Stevenson. Ollenhauer machte sich auf in das Palais Schaumburg mit genauer Marschrichtungszahl, gegeben vom Parteivorstand: dem einladenden Bundeskanzler „mit Nachdruck“ die Entschließungen des Vorstandes klarzumachen, daß eben Deutschland „atomfreier Raum“ zu sein habe. So und nicht anders! Daß man auf diese Weise Gespräche vorbelastet, ist klar. Wenn der Berg der parteilichen Gegensätze endlich abgetragen werden soll, was mit Ausnahme doktrinärer Funktionäre allgemein gewünscht wird, so darf sich der

Oppositionsführer nicht in der Zange seines Parteivorstandes vorschieben lassen; er muß auch selbst gewillt sein, in „freier“ Aussprache mit dem Regierungschef eine glücklichere Atmosphäre vorzubereiten. Dann erst, wenn der Berg abgetragen und ein notwendiges Vertrauen hergestellt ist, wird der Oppositionsführer die aktive Mitberatung und Mitarbeit in den entscheidenden Problemen beanspruchen können, was ihm dann aber auch voll zukommt. Ollenhauer vermag eine verbindliche Sprache zu gebrauchen, und mit Adenauer unter vier Augen sollte ihm das nicht schwergefallen sein. Er erklärte, das Gespräch sei für ihn informativ gewesen und werde zu einem gegebenen Zeitpunkt fortgesetzt. Von einem ersten persönlichen Gespräch Adenauer—Ollenhauer, dazu noch belastet durch Parteivorstandsdirektiven, konnte man kaum mehr erwarten.



BILDER DER WOCHE. Oben: Präsident Eisenhower begrüßt König Mohammed V. von Marokko, der sich zu einem dreitägigen Staatsbesuch in der amerikanischen Hauptstadt aufhielt. Dieses Foto wurde kurz vor der Erkrankung des US-Präsidenten aufgenommen. — Unten: Vorbei an der Schweizergarde schritt Bundespräsident Heuss zur Audienz beim Papst. Neben ihm: der Päpstliche Kammerdiener, Monsignore Beniamino Nardone.

